

INHALT

1. Neue Kritik an Wendes Rückkehrrecht und dem Lehrkräftebildungsgesetz
2. Mehr Rente für 330.000 Frauen in Schleswig-Holstein
3. Energiebilanz beweist Notwendigkeit des Leitungsausbaus
4. CDU-Fraktion stellt Antrag auf Ausnahmeregelungen beim Sonntagsfahrverbot
5. Landesregierung rudert beim Filtererlass für Schweinemastanlagen zurück
6. Habecks grüne Ideologie gefährdet die Gesundheit
7. „Jugend trainiert für Olympia“ vor dem Aus

23.05.2014

Neue Kritik an Wendes Rückkehrrecht und dem Lehrkräftebildungsgesetz Montag Sondersitzung des Bildungsausschusses mit Ministerpräsident Albig



Fraktionschef Johannes Callsen, MdB

Bildungspolitisch kommt Schleswig-Holstein nicht zur Ruhe. Auf Antrag der CDU-Fraktion befasst sich der Bildungsausschuss am kommenden Montag ab 16:00 Uhr in einer Sondersitzung mit dem rechtswidrigen Rückkehrrecht von Professor Wende an die Universität Flensburg. Zwischenzeitlich kamen neue Fakten ans Licht. Die Universitätsführung hat mittlerweile erklärt, der Präsidiumsbeschluss sei auf den ausdrücklichen Wunsch der damaligen Präsidentin zustande gekommen. Sie habe mit Nachdruck und unter Bezug auf angeblich unterstützende Aussagen von einem Rechtswissenschaftler (Professor Löwer) dafür geworben. Löwer hat mittlerweile klar gestellt, seine Rechtsauffassung habe er auf Grundlage von falschen Angaben der Präsidentin erarbeitet. Er hat Ministerpräsident Albig mittlerweile zu

einer Richtigstellung des Landtages aufgefordert. Dieser hatte Löwers Aussagen in einer Aktuellen Stunde am 14. Mai 2014 zu Wendes Verteidigung angeführt. Darüber hinaus hatte Albig erklärt, Wende habe an der „Aussage des Präsidium“ nicht mitgewirkt.

„Albig muss diese Widersprüche lückenlos aufklären“, forderte CDU-Fraktionschef und Oppositionsführer Johannes Callsen bei der Beantragung der Sondersitzung.

Unabhängig davon übten Donnerstag die Philologen, Mathematik- und Deutschlehrer, sowie der für die Lehrerbildung zuständige Berufsverband in einer gemeinsamen Pressekonferenz heftige Kritik am Gesetzentwurf und dem gesamten Gesetzgebungsverfahren zum Lehrkräftebildungsgesetz. Die IVL als schwerpunktmäßige Vertretung der Sekundarstufe I-Lehrer flankierte mit einer Pressemitteilung. Die Lehrerverbände forderten einhellig, den Gesetzgebungsprozess zu stoppen. Sonst werde die bisherige Ausbildungsstruktur komplett zerstört, ohne dass eine Nachfolgeregelung bestehe.

Hauptkritikpunkte: Bislang sei ungeklärt, ob auf diesem schleswig-holsteinischen Sonderweg ausgebildete Lehrkräfte in anderen Bundesländern überhaupt unterrichten dürften. Fraglich sei auch, wie Referendare an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe ihren Praxisanteil für die Sekundarstufe II ableisten sollen. Bei gleichbleibender Länge des Studiums müssten zwangsläufig Einbußen in der Ausbildung hingenommen werden. SEK II-Lehrern würden weniger Zeit für fachliche, Sek I Lehrer weniger Zeit für pädagogische Anteile haben. Es werde gleichermaßen am Bedarf der Schulen und der Studierenden vorbei ausgebildet.

CDU-Hochschulexperte Daniel Günther forderte die Regierungsfaktionen auf, sich endlich der Sachdebatte zu stellen. „Die heute von den Lehrerverbänden vorgetragenen Fragen stellt die CDU-Fraktion seit Monaten. Auch die wirklich dramatische fachliche Kritik haben wir mehrfach geäußert. Das einzige, was SPD, Grüne und SSW dazu gebetsmühlenartig antworten, ist ihre Forderung, zu einer Sachdebatte zurück zu kehren, die sie überhaupt nicht führen wollen. Mehr Beratungsresistenz geht nicht“, erklärte Günther in Kiel.

Die Regierungsfaktionen reagierten mit Pressemitteilungen, die sich mit den Sachargumenten der Lehrerverbände nur am Rande auseinandersetzen.

Mehr Rente für 330.000 Frauen in Schleswig-Holstein CDU begrüßt Rentenpaket



Katja Rathje-Hoffmann, MdB

330.000 Frauen in Schleswig-Holstein erhalten ab dem 1. Juli 2014 mehr Rente. Das ist das Ergebnis des am heutigen Freitag verabschiedeten Rentenpakets auf Bundesebene. Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion Katja Rathje-Hoffmann hat den Beschluss des Bundestages begrüßt: „Seit mehr als zehn Jahren fordert die CDU die bessere Anerkennung von Erziehungszeiten. Das schafft mehr Gerechtigkeit und Anerkennung der älteren Mütter. Gerade sie haben viel häufiger wegen der Erziehung der Kinder auf eine Berufstätigkeit und damit ihre Rente verzichtet“. Von dem Bundestagsbeschluss profitieren Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren wurde: Ihnen wird künftig bei der Rente ein Jahr mehr als bislang pro Kind angerechnet.

Weitere Bestandteile des Rentenpaketes sind die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren und die Einführung der sogenannten FlexiRente für Arbeitnehmer, die über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus arbeiten wollen.

Gerade bei der Rente mit 63 Jahren habe die Union eine Reihe wichtiger Änderungen gegenüber dem Koalitionspartner SPD durchgesetzt. Der durch SPD-Landeschef Ralf Stegner unterstützte Entwurf von Andrea Nahles sei wirtschaftspolitischer Irrsinn und gesellschaftspolitischer Sprengstoff gewesen, betonte Rathje-Hoffmann heute im Kieler Landeshaus. „Nahles und Stegners Modell hätte eine massive Frühverrentungswelle ab 61 Jahren auf Kosten der Arbeitslosenversicherung bedeutet. Diesem Missbrauch hat die CDU einen Riegel vorgeschoben“, so die CDU-Abgeordnete.

Pressemitteilung der CDU-Fraktion:

http://www.cdu.ltsh.de/media/2014-05-23_Pressemeldung_4364.pdf

Energiebilanz beweist Notwendigkeit des Leitungsausbaus CDU-Fraktion stellt Berichtsantrag zu SuedLink



Jens-Christian Magnussen, MdL

Energiewendeminister Dr. Robert Habeck hat diese Woche die Energiebilanz vorgelegt. Rein rechnerisch könnte Schleswig-Holstein seinen Strombedarf erstmals mit Ökostrom decken.

Der energiepolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Jens-Christian Magnussen, sieht in der vorgelegten Energiebilanz einen deutlichen Beleg für die dringende Notwendigkeit des Ausbaus von Höchstspannungsleitungen: „Die theoretische hundertprozentige Abdeckung unseres Strombedarfes durch Windstrom ist schön. Aber so lange wir nicht in der Lage sind, diesen Strom zu den Verbrauchern zu bringen, haben diese nichts davon. Im Gegenteil: Über die EEG-Umlage zahlen die Verbraucher drauf“.

Der CDU-Abgeordnete kritisierte, dass Minister Habeck mehr als zwei Jahre nach seinem Amtsantritt noch keine Fortschritte bei der Planung der für den Erfolg der Energiewende entscheidenden Höchstspannungsstrassen in den Süden erzielt habe. Das vorbildliche Dialogverfahren an der Westküste stamme noch von Habecks Vorgänger. Nun müsse Habeck seinem Versprechen, im Herbst diesen Jahres mit dem Bau zu beginnen, Taten folgen lassen.

„Es ist immer noch nicht klar, wie und wann der Strom über die Elbe kommen soll. Unser Energiewendeminister und sein Ministerpräsident waren seit ihrem Amtsantritt nur groß darin, andere beim Leitungsausbau zu kritisieren. Hier in Schleswig-Holstein kriegen sie selbst nichts auf die Reihe“, so Magnussen.

Vor diesem Hintergrund habe seine Fraktion noch vor der Sommerpause einen Bericht zum Planungsstand von SuedLink eingefordert.

Link zum Antrag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/suedlink.pdf>

CDU-Fraktion stellt Antrag auf Ausnahmeregelungen beim Sonntagsfahrverbot Straßen müssen entlastet werden

Die CDU-Fraktion hat die Landesregierung mit einem Antrag aufgefordert, angesichts der jahrelangen Bauarbeiten entlang der A7 im Norden Ausnahmen beim Sonn- und Feiertagsfahrverbot für LKW zu prüfen. In der kommende Landtagssitzung soll darüber entschieden werden.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, erklärte: „Die bisherigen Maßnahmen von Verkehrsminister Meyer reichen bei weitem nicht aus. Unsere überfüllten Straßen brauchen dringend eine Entlastung. Ausnahmen vom Sonn- und Feiertagsverbot können dafür eine Möglichkeit sein“.

Er kritisierte besonders die unzureichende Zusammenarbeit der Landesregierung mit ihren norddeutschen Partnern. „Bislang gibt es nur aufgrund unseres erheblichen Drucks eine gewisse Koordination mit Hamburg. Ansonsten ist kein länderübergreifendes Verkehrsmanagement erkennbar. Gerade Ausnahmen vom Sonntagsfahrverbot sind länderübergreifend am wirkungsvollsten. Hier macht Meyer nichts“, so der CDU-Abgeordnete.

Ein weiteres verkehrspolitisches Thema sorgte diese Woche für Diskussionsbedarf. Gestern hat Verkehrsminister Meyer den Landesstraßenzustandsbericht im Wirtschaftsministerium vorgestellt. Dem Bericht zufolge seien fast ein Drittel der Landesstraßen dringend sanierungsbedürftig.

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp hat die Landesregierung aufgefordert, endlich ihre Verantwortung wahrzunehmen: „Pro Jahr verweigern SPD, Grüne und SSW dem Verkehrsministerium elf Millionen Euro, die auch nur für den Erhalt der Landesstraßen auf aktuellen schlechten Niveau nötig wären. So lange diese Regierung hier im Land ihrer eigenen Verantwortung nicht nachkommt, ist die ständige Jammerei in Richtung Berlin peinlich“.

Seit dem letzten Straßenzustandsbericht am 15. Mai 2013 habe sich der Straßenzustand noch einmal verschlechtert. Auch damals habe Meyer bereits eingeräumt, dass ihm im Haushalt ein zweistelliger Millionenbetrag fehle, um die Straßen auch nur im jetzigen Zustand zu erhalten. „Deshalb hat die CDU-Fraktion bereits im vergangenen August ein Maßnahmenpaket „Sofortprogramm Landesstraßen“ in Höhe von 60 Millionen Euro mit den Schwerpunkten Planung und Sanierung von Landes- und Gemeindestraßen gefordert. SPD, Grüne und SSW haben das abgelehnt“, erklärte Arp.

Hauptkonkurrent in der Unternehmensansiedlung sei aufgrund des drohenden Verkehrsinfarktes mittlerweile nicht mehr China, sondern Niedersachsen. „Wer selbst nichts tut, sondern nur jammert, der hält keinen Unternehmer im Land“, so Arp.

Link zum Antrag:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/drucksache-18-1925.pdf>

Landesregierung rudert beim Filtererlass für Schweinemastanlagen zurück Massiver Druck der CDU zeigt Wirkung



Heiner Rickers, MdL

Seit Monaten hatte Agrar- und Umweltminister Robert Habeck für seinen Plan, Bauern mit Schweineställen in üblicher Größe zum Einbau von Filtern zu zwingen, heftige Kritik erfahren. Das galt besonders, weil er dies nicht nur für Neubauten, sondern auch bei bestehenden und langjährig genehmigten Ställen anordnen wollte.

„Diese Filter sind teuer. Sie lohnen sich nur bei entsprechend großen Ställen. Habecks Filterpflicht zwingt die Bauern damit zur Massentierhaltung“, hatte der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, den Entwurf kommentiert.

Die Kosten für die Stalllüftung würden pro Platz bei Bestandsbauten um das drei- bis vierfache steigen. In der gestrigen Sitzung der Agrar- und Umweltausschusses sind sowohl Minister Habeck als auch Vertreter der Regierungskoalition wegen angeblicher „neuer Erkenntnisse“ deutlich zurückgerudert.

„Die Erkenntnisse sind für uns zwar alt, wichtig ist jedoch das Ergebnis: Für Bestandsanlagen soll nun eine „angemessene Regelung“ gefunden werden“, so Rickers.

Die CDU bleibe bei allerdings ihrer Forderung, nicht nur Bestandsanlagen von der Pflicht auszunehmen, sondern auf eine landeseigene Regelung komplett zu verzichten.

„Alles andere würde das Aus für kleine Anlagen bedeuten. Habeck würde damit bäuerlichen Familienbetrieben die Füße wegziehen. Er müsste für den Strukturwandel hin zu Riesenställen die Verantwortung übernehmen“, so Rickers.

Habecks grüne Ideologie gefährdet die Gesundheit CDU stellt Antrag zum Jakobskreuzkraut



Hauke Göttsch, MdB

Die CDU-Landtagsfraktion hat aufgrund der Untätigkeit von Agrar- und Umweltminister Robert Habeck gegen das gesundheitsgefährdende Jakobskreuzkraut einen Antrag für die kommende Landtagssitzung gestellt.

„Die jüngst bekannt gewordenen Belastungen unseres heimischen Honigs sind nicht länger hinnehmbar. Hier wird grüne Ideologie zum Gesundheitsrisiko“, begründete der Agrar- und Umweltpolitiker der CDU-Landtagsfraktion, Hauke Göttsch, den Antrag seiner Fraktion.

In den letzten Jahren habe sich das Jakobskreuzkraut verstärkt und unkontrolliert im Lande ausgebreitet. Dies treffe vor allem auch auf stillgelegte Flächen beziehungsweise auch auf Flächen der Stiftung Naturschutz zu. Es sei nicht nachvollziehbar, dass es für alle möglichen Giftstoffe im landwirtschaftlichen Fachrecht Vorschriften gebe, nicht jedoch für die Giftstoffe im Jakobskreuzkraut.

„Ich fordere nicht die chemische Keule. Warum weigert sich der Minister, dass Zeug einfach abzumähen?“, fragte Göttsch.

„Nur weil die Grünen ein Kraut gut finden, ist es nicht automatisch ungefährlich. Die aus ideologischen Gründen aufgesetzten Scheuklappen über das Lebensmittel Honig gefährden die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere unserer Kinder“, so der Agrar- und Umweltpolitiker.

Mit dem Antrag werde Minister Habeck unmissverständlich aufgefordert, seine Verantwortung wahr zu nehmen. Die dringend notwendigen Untersuchungen müssten ebenso eingeleitet werden, wie wirksame Maßnahmen gegen die weitere unkontrollierte Ausbreitung des Jakobskreuzkrautes. „Verbraucherinnen und Verbraucher, Imkerinnen und Imker haben ein Recht darauf“, so Göttsch.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1900/drucksache-18-1936.pdf>

„Jugend trainiert für Olympia“ vor dem Aus CDU fordert Fortsetzung der Finanzierung

An diesem Montag (19. Mai 2014) kam die Hiobsbotschaft: Der Bund zieht sich aus der Finanzierung der Wettkämpfe „Jugend trainiert für Olympia“ zurück. 2014 will der Bund seine Mittel für die Endkämpfe halbieren und im kommenden Jahr gänzlich streichen. Damit steht der größte Schulsportwettkampf der Welt vor dem Aus. In Schleswig-Holstein sind 60.000 Schülerinnen und Schüler davon betroffen.

Die CDU-Landtagsfraktion reagierte prompt und setzte das Thema auf die Tagesordnung der kommenden Landtagssitzung. Ihre Forderung: Die Jugendspiele müssen erhalten bleiben. Dafür solle sich der Landtag und insbesondere auch die Landesregierung gegenüber dem Bund einsetzen.

„Jugend trainiert für Olympia ist nicht nur ein unverzichtbares Instrument der Talentsicherung. Diese Veranstaltung hat sich über Jahrzehnte auch als Motivationsmaßnahme für den Breitensport bewährt“, betonte die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier.

Link zum Antrag der CDU:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/bundesfinaljugendtrainiert.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de